



BdSt-Veranstaltung mit dem Bundestagspräsidenten und Vertretern der Bundestagsfraktionen am 25. Januar

Finale für unsere Online-Petition auf Change.org: **Rund 110.000 Bürger haben schon unterzeichnet**

Bei seiner Podiumsdiskussion zum Wahlrecht am Mittwoch 25.01.17 wird der Bund der Steuerzahler (BdSt) die Politik an ihre Verantwortung gegenüber den Wählern erinnern.

Denn **alle Bundestagsfraktionen verschleppen die dringend notwendige Korrektur des Wahlrechts seit mehr als drei Jahren.**

Tatsache ist: Mit der Bundestagswahl ist ein Anstieg von aktuell 630 auf **mehr als 700 Abgeordnete** möglich
– gesetzlich vorgesehen sind allerdings lediglich **598** Mandate.

Schuld hätte das **unkalkulierbare** Wahlrecht, nach dem vor allem die Ausgleichsmandate das Parlament **künstlich aufblähen**. Mit der Wahl im September droht ein **überdimensionierter, teurer und arbeitsunfähiger Bundestag** mit mehr als 700 Abgeordneten.

Jetzt den XXL-Bundestag verhindern!

Dienstag, den 24. Januar 2017 um 20:07 Uhr - Aktualisiert Dienstag, den 24. Januar 2017 um 20:17 Uhr

Ein XXL-Bundestag wird vermutlich sechs statt der aktuell vier Fraktionen umfassen, deshalb muß die Politik noch in dieser Wahlperiode den Endspurt für eine zügige Wahlrechts-Korrektur einleiten!

Zum Thema veranstaltet der Bund der Steuerzahler die Wahlrechts-Diskussion „Die Zeit läuft! Kann ein XXL-Bundestag verhindert werden?“ am Mittwoch, 25. Januar, ab 15.30 Uhr, im Haus des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert eröffnet die Veranstaltung mit einem Grußwort – die anschließende Gesprächsrunde mit Christian Freiherr von Stetten (CDU), Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen), Jörn Wunderlich (DIE LINKE), dem Politologen Prof. Dr. Frank Decker und BdSt-Präsident Reiner Holznagel moderiert der Journalist und Publizist Roland Tichy.

Die Veranstaltung ist zugleich das Finale der BdSt-Petition „Nein zu einem XXL-Bundestag!“. Montag Abend haben wir die 100.000-Marke geknackt: Bislang haben rund 110.000 Bürger die seit einem Monat laufende Petition auf www.change.org/xxl-bundestag unterzeichnet.

Zudem spricht sich bei einer aktuellen Umfrage knapp drei Viertel der Deutschen (73,1 Prozent) für eine Reform des Wahlrechts aus, die eine Vergrößerung des Bundestags verhindern würde – dies hat das Umfrageinstitut Civey für den Bund der Steuerzahler und Change.org ermittelt.

„Das ist ein klares Signal an die Fraktionen, endlich zu handeln und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung jenseits parteitaktischer Spielchen gerecht zu werden“, betont BdSt-Präsident Holznagel. „Das Wahlrecht muß so schnell wie möglich korrigiert werden.“

Ein XXL-Bundestag wird für die Bürger zum Luxus-Bundestag! Denn 700 Abgeordnete kosten jährlich 94 Millionen Euro mehr, 750 Abgeordnete sogar zusätzlich 128 Millionen Euro!“

(Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.)